

CDU Nordrhein-Westfalen schreibt Karl-Arnold-Preis 1989 aus

Wer wird Nachfolger von Franz Kardinal Hengsbach und VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder?

Soeben hat die CDU Nordrhein-Westfalen den Karl-Arnold-Preis 1989 ausgeschrieben, der mit einem Geldpreis in Höhe von 10000 DM verbunden ist. Die Preisträger des letzten Jahres waren der Vorstandsvorsitzende der VEBA-AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder, und Seine Eminenz Franz Kardinal Hengsbach.

CDU-Generalsekretär Dr. Helmut Linssen (MdL): „Mit diesem Preis wollen wir Mitbürger auszeichnen, die sich durch Wort, Schrift oder Handeln mutig und engagiert für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erneuerung Nordrhein-Westfalens einsetzen oder eingesetzt haben.“

Mit dieser Ausschreibung will die CDU NRW an die großen Leistungen des ersten frei gewählten Ministerpräsidenten des Landes, Karl Arnold (CDU), anknüpfen. Sein Name steht für die soziale und wirtschaftliche Erneuerung an Rhein und Ruhr nach 1945. Angesichts der strukturellen und sozialen Probleme Nordrhein-Westfalens gerade im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 braucht das Land nach Ansicht von Dr. Linssen viele neue Ideen und neue Impulse.

Die Preisträger werden von einer unabhängigen Jury, der namhafte Politiker, Wissenschaftler und Unternehmer angehören, ausgewählt. Selbstbewerbungen sind nicht zugelassen. Vorgeschlagen werden kann hingegen jeder, der den Ausschreibungsbedingungen entspricht. Die Ausschreibungsfrist endet am 30. September 1989. Bewerbungen sind zu richten an die

**CDU Nordrhein-Westfalen
z. Hd. Herrn Dr. Helmut Linssen (MdL)
Generalsekretär
Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1**

Schnoor läßt Polizei im Regen stehen

SPD verkauft ein „Mogelpaket“

„Ein „Mogelpaket“, das dem Bürger mehr Sicherheit vorgaukelt, wo in der Realität die Situation immer bedrohlicher wird“, hat Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, die von Innenminister Herbert Schnoor vorgestellten Daten zum Thema innere Sicherheit genannt.

„Mit unvollständigen und verfrühten Zahlen täuscht Schnoor den Bürgern vor, daß die Kriminalität in NRW zurückgehe. Dabei fehlen in seiner Statistik so elementare Kriminalitätsbereiche wie Wirtschafts- und Umweltkriminalität“, meinte Paus.

Auch die von Schnoor genannten Einstellungszahlen bei der Polizei seien völlig unzureichend und lägen weit unter dem, was zu einer effektiven Polizeiarbeit benötigt würde. Die geplante Sonderaktion gegen Wohnungseinbrüche sei nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein und entspreche nicht im Mindestmaß dem, was die CDU hierzu seit langem fordert.

Die angekündigten sozialen Verbesserungen lägen weit hinter dem erforderlichen zurück. „Die Polizisten, die die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten müssen, werden von diesem Innenminister wieder einmal im Regen stehengelassen“.

Schwier-Vorschlag interessantes Ablenkungsmanöver

Neues Schuljahr – alte Probleme

Als einen „interessanten Vorschlag, der aber von der dramatischen, von ihm selbst verschuldeten Schulsituation in Nordrhein-Westfalen ablenkt und die großen Probleme nicht einmal im Ansatz löst“, hat der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul, den Vorschlag von Kultusminister Hans Schwier kommentiert, künftig eine „Kernzeit“ des Schulbetriebes einzuführen.

„Während an den Schulen jede Woche 300 000 Unterrichtsstunden ausfallen, rückt Schwier in dieser Notlage den Beamtenstatus der Lehrer, die Schulfesten von 1995, den Dienstleistungsabend für Schulräte und die Schulkernzeit in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Diese

seltsamen Prioritäten müssen sehr nachdenklich stimmen“, so Reul.

„Ich würde mir vielmehr wünschen, daß Schwier das Engagement und die Kreativität, die er jetzt von Eltern, Lehrern und Schulträgern verlangt, um seinen Vorschlag umzusetzen, selbst bei den hausgemachten Problemen wie Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Schulschließungen und großen Klassen zeigt“, meinte Reul. Hier habe man auf der Schuljahres-Pressekonferenz von Schwier allerdings noch nicht einmal den Ansatz einer Lösung gehört. „Es bleibt alles beim alten. Auch in diesem Schuljahr kann Kultusminister Schwier eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung wieder einmal nicht gewährleisten.“

CDU Nordrhein-Westfalen: Es bleibt dabei – Schnoor mitschuldig am Gladbecker Geiseldrama – Rücktritt muß erfolgen

Von Dr. Ottmar Pohl (MdL), stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Minister Schnoor ist mitschuldig am schlimmen Ausgang des Gladbecker Geiseldramas – er muß endlich die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Dies ist mehr denn je die Forderung der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Statt des von der SPD erhofften „Persilscheins“ hat die bisherige Beweisaufnahme im parlamentarischen Untersuchungsausschuss keine Entlastung für Schnoor gebracht.

Zwar hat die bisherige Beweisaufnahme noch nicht hinreichend ergeben, daß eine besondere nordrhein-westfälische Einsatzkonzeption bestand. Es kann aber dahingestellt sein, ob sie bestand oder nicht, oder ob nach den allgemeinen ländereinheitlichen Richtlinien verfahren worden ist. Jedenfalls trägt Minister Schnoor die allgemeine Verantwortung für die Art und Weise der Durchführung dieser länderein-

heitlichen Richtlinien. Wenn es keine Verantwortung für eine besondere Konzeption gab, dann trägt er eine besondere Verantwortung für die gegebene ländereinheitliche Konzeption. Hier aber ist ein gravierender Fehler festzustellen.

Man kann darüber streiten, ob ein verfolgungsfreier Abzug und ein In-Sicherheit-Wiegen der Täter im Vertrauen darauf, daß sie die Geiseln freilassen, richtig sind oder ob ein scheinbar verfolgungsfreier Abzug mit gleicher Zielsetzung, aber unter dem stringenten Vorbehalt, jede Zugriffsmöglichkeit ohne Gefahr für die Geiseln zu nutzen, richtiger war. Für eines mußte man sich in der Tat entscheiden: Ein Entweder-Oder war gefragt und nicht ein Sowohl-als-Auch. Gerade dieses Sowohl-als-Auch ist charakteristisch für diese Landesregierung und für diesen Einsatz, so wie er abgelaufen ist.

Folge: Bei den Tätern entstand über einen längeren Zeitraum nie der Eindruck, daß der erwünschte Vertrauens-tatbestand zur Freilassung der Geiseln vorhanden sein könnte. Andererseits verstrichen günstige Zugriffsmöglichkeiten ungenutzt, weil

- die Observanz nicht effizient genug war,
- Zugriffsvoraussetzungen zu lange zu hoch waren und Zugriffskräfte zu weit nachgeführt wurden und nicht rechtzeitig herangeführt werden konnten, um strategisch günstige Lagen auszunutzen.

Weitere Folge: Man ließ die Dinge zu lange treiben. Zwei lange Tage herrschte Fehleinschätzung im Ministerium. Erst als durch den Zeitablauf der Druck nach Beendigung immer größer wurde, duldet das Ministerium die abrupte Beendigung unter

ungleich schlechteren Bedingungen, als sie bei früheren Gelegenheiten gegeben waren. Mit Billigung des Innenministeriums wurde die Notbremse gezogen, statt vorher durch effektives und gezieltes Bremsen den Geiselzug zum Stehen zu bringen. Hierfür trägt Minister Schnoor die allgemeine politische Verantwortung.

Herr Schnoor trägt auch die spezielle Verantwortung, und zwar für Einzelbereiche der Verfolgung. Zwar hat er außer dem Nichtigensatzbefehl der GSG 9 keine ausdrückliche Weisung erteilt, aber die mittelbar persönliche Verantwortung ist in folgenden Fällen gegeben: Zweimal sind die Zugriffs-voraussetzungen mit dem Ministerium abgestimmt worden; der Übergang der Einsatzleitung vom Polizeipräsidenten Recklinghausen auf den Polizeipräsidenten Köln war abgestimmt, und die Zugriffsvoraussetzungen in

der Endphase des Geiseldramas waren mit dem Ministerium festgelegt worden.

In diesem Zusammenhang bleibt erst einmal offen, ob der Zugriff selbst auf der BAB innerhalb der Landesgrenze erfolgen sollte. Es spricht vieles dafür, daß bei der dynamischen Lage dieser Eingriff geduldet, ja dieser Eingriff auch gewollt war. Man wird sehen, ob die weiteren Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuß das erhärten, was hier und heute nur als Vermutung ausgesprochen werden kann.

Die Verantwortung des Ministers war auch durch die Fehleinschätzungen der Ereignisse in den ersten beiden Tagen gegeben. In diesem Zusammenhang ist es unbegreiflich, daß die Gefährlichkeit der Täter, die doch nach kurzer Zeit bekannt war, der Einsatzleitung nie mitgeteilt worden ist, ob-

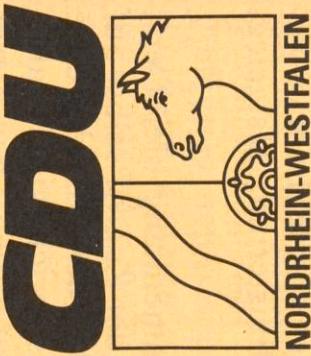
wohl man sie durch den Justizminister doch wußte.

Die CDU-Fraktion beklagt außerdem, daß keine ausreichenden Kenntnisse über die technische Ausrüstung der Polizei für solche Fälle und ein unzureichender technischer Stand vorhanden waren. Ein Jahr lang waren Fahrzeuge für solche Fälle da. Ein Jahr lang hat man es versäumt, solche Fahrzeuge zu präparieren.

Für diese technischen Fehleinschätzungen trägt der Minister die Verantwortung.

Disziplin und hohem Arbeitsaufwand in diesem Ausschuß gearbeitet wurde. Es ist zu hoffen, daß die Effizienz noch stärker wird, wenn es künftig keine Behinderungen mehr gibt.

Zweitens: Der Versuch, dem Minister mit einem von der SPD geforderten Zwischenbericht einen „Persilschein“ auszustellen, ist danebengegangen. Die Konzeptverantwortung, die Mitwirkung des Ministers, sein Organisationsverschulden – dies alles kann man nicht wegdiskutieren. Herr Schnoor muß sich endlich zu seiner Verantwortung bekennen und seinen Hut nehmen.



Zwei abschließende Feststellungen:

Erstens: Es ist ein kleines Wunder, daß der Untersuchungsausschuß trotz der Behinderungen so weit gekommen ist. Dies ist nur darauf zurückzuführen, daß mit

Gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, eine konzentrierte Aktion zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen zusammenzurufen.

Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, appellierte an Ministerpräsident Rau, dem guten Beispiel von Bundesarbeitsminister Blüm zu folgen und Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Vertreter der Arbeitssämler und der Wirtschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen an einen Tisch zu holen.

Arentz wies darauf hin, daß alleine in Nordrhein-Westfalen 275 000 Menschen länger als 1 Jahr arbeitslos sind. Nordrhein-Westfalen hält damit eine traurige Spitzenstellung im Vergleich aller ande-

ren Bundesländer. Arentz: „Deshalb ist die Verantwortung der Regierung Rau besonders groß, jetzt etwas zu tun. Dabei muß es auch darum gehen, die zusätzlichen Mittel des Bundes in Höhe von 1,75 Mrd. DM bis 1991 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen besonders zielgerichtet einzusetzen.“

Darüber hinaus forderte Arentz die Landesregierung auf, die Bundesmittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch einen eigenen finanziellen Beitrag wirkungsvoll zu unterstützen.

Norbert Blüm und Helmut Kohl geben das Startsignal

Kommunalwahlkampf-Auftakt in Düsseldorf

Mit einer öffentlichen Veranstaltung in der Düsseldorfer Stadthalle werden Norbert Blüm und Helmut Kohl am Freitag, 1. September 1989, 18 Uhr den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen eröffnen.

Bereits um 17 Uhr beginnt im großen Saal der Stadthalle ein Vorprogramm. Neben Musik und Unterhaltung wird auch eine Talkshow stattfinden, in der u. a. Bürgermeister und Landräte der CDU NRW zu Wort kommen werden.

Im Foyer der Stadthalle bieten wir Ihnen ein vielfältiges Angebot von Informationsmaterialien und Werbemitteln für den Kommunalwahlkampf. Auf Bildschirmen ist unser Film „Rhein, Roß und Rose“ zu sehen.

Zu dieser öffentlichen Veranstaltung lädt der Landesverband herzlich nicht nur Mitglieder, sondern auch alle Freunde und ihre Familien ein.

Die Landesgeschäftsstelle ist zudem bemüht, möglichst vielen Kandidaten ein Sofortbild mit dem Landesvorsitzenden und dem Bundeskanzler mit auf den Heimweg zu geben. Einzelheiten über den Ablauf erfahren Sie an unserem Informationsstand bei Herrn Obst.

Informationen (mit Fahrtgelegenheit) in Ihrer Kreisgeschäftsstelle.

Termine

14. 8. 1989	18.00 Uhr	CDU NRW, Pressefest, Wasserstraße	Düsseldorf
16. 8. 1989	19.00 Uhr	Christa Thoben, MdL, zum Thema: „Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen“ anl. WIV-Reihe POLITIK UND WIRT- SCHAFT, Hotel Mercure (Auskünfte: Herr Lehnens, Telefon [02 11] 13 60 00 50)	Bielefeld
21. 8. 1989		CDU NRW, Zielgruppengespräch „Friseure“, Radschlägersaal (Auskünfte: Telefon [02 11] 13 60 00)	Düsseldorf
23. 8. 1989	17.30 Uhr	CDU BV Mittelrhein, Konferenz „CDU an der Seite der Bundes- wehr“ mit BM Dr. Gerhard Stoltenberg (Auskünfte: Telefon [02 24 1] 63 58 3)	Bonn
24. 8. 1989	19.00 Uhr	CDU BV Ruhrgebiet Forum Ruhrgebiet mit Dr. Heiner Geißler (Auskünfte: Telefon [02 27] 39 81)	Hamm
28. 8. 1989	20.00 Uhr	BM Stoltenberg zum Thema: „Grundlegende Veränderungen in Osteuropa — neue Herausforderungen für die Außen- und Wirtschaftspolitik, Saalbau (Auskünfte: Herr Lehnens, Telefon [02 11] 13 60 00 50)	Essen
29. 8. 1989	18.00 Uhr	WIV BV Ruhrgebiet Informationsveranstaltung „Innovation durch Qualifikation“ (Auskünfte: Herr Lehnens, Telefon [02 11] 13 60 00 50)	Oberhausen
1. 9. 1989	15.00 Uhr	CDU NRW 2. Vorsitzendenkonferenz mit den Delegierten zum 37. Bundesparteitag	Düsseldorf
1. 9. 1989	18.00 Uhr	CDU NRW Auftaktveranstaltung zum Kommunalwahl- kampf mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und BM Dr. Norbert Blüm	Düsseldorf